

Presseerklärung des Vorsitzenden Franz Müntefering zum Scheitern der Kommission v. 21.12.2004

„Deutschland muss für Europa gut aufgestellt sein. Wir wollen, dass für unser Land vernünftige Politik gestaltet werden kann. Es ist unser Ziel, Klarheit und Transparenz in den Verantwortungen zwischen Bundestag und Bundesrat zu bekommen. Dieses Ziel verfolgen wir weiter.

Leider gibt es vorerst keine gemeinsame Beschlussvorlage zu grundgesetzlichen Änderungen, obwohl es einen gemeinsamen Vorentwurf gab, der weitestgehend beschlussfähig war - von wenigen Punkten abgesehen, die ausräumbar schienen.

Der Bereich Bildung/Hochschule erwies sich als Stolperstein. Die Länder haben die alleinige Verantwortung für den Bereich Schule. Daran soll sich nichts ändern. Strittig ist die Frage, welche Kompetenzen der Bund bei der Hochschulbildung behalten sollte.

Der Bildungsbereich ist Zukunftsthema. Die Chancengleichheit in Deutschland hängt ganz stark von den Bildungsstrukturen ab. Es ist deshalb politisch nicht vermittelbar, erstens die ganz besondere Bedeutung des Hochschulwesens in dieser Zeit herauszustreichen und zweitens daraus die Konsequenz zu ziehen, dass der Bund sich völlig zurückziehen muss. Teile des Hochschulwesens sollten bundeseinheitlich sein.

Von der Länderseite wurde, vertreten durch den bayerischen Ministerpräsidenten, die Bildungsfrage zum Junktim erklärt: Die Länder haben - kurz vor Toresschluss - eine Einigung in der Bildungspolitik zur Voraussetzung für eine Gesamteinigung gemacht. Diese Festlegung, dass nichts entschieden werden kann, wenn zu Bildung/Hochschule nicht entschieden wird, halte ich für unvernünftig.

Mein Vorschlag, diesen Bereich gesondert zu verhandeln und den bisher erreichten Konsens bei den meisten anderen Themen festzuschreiben, wurde von Ministerpräsident Stoiber abgelehnt, offensichtlich im Auftrag der Länder.

Die Fortführung des Status Quo ist nicht ausreichend. Die begonnene Debatte muss verstärkt und das Bildungswesen muss für zusätzliche Impulse geöffnet werden. Diese innovative Erneuerung hat keine Zeit:

Sowohl das Thema Bildung - und zwar von Vorschule über Schule, Ausbildung und Hochschule bis hin zur Qualifizierung und Weiterbildung - als auch die föderalen Strukturen unseres Bundesstaates im Rahmen einer sich entwickelnden und sich verändernden Europäischen Union lassen Stillstand nicht zu. Ich hoffe, dass das vorläufige Scheitern der Föderalismuskommission hinreichend viele in diesem Lande aufschreckt - und dass daraus der Auftakt für eine grundsätzliche und zielorientierte Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen wird.

Der Geist ist aus der Flasche. Bund und Länder müssen sich weiter gemeinsam dieser Aufgabe stellen, beide sind in der Mitverantwortung.“